Südschleswigscher Wählerverband

Pressemitteilung
Nr. 196/2026
Kiel, 24.08.2026

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Pflegeplätze retten statt Schließungen verwalten

Zur angekündigten Schließung der stationären Pflege im AWO-Servicehaus Sandberg in Flensburg erklärt der Vorsitzende der SSW-Landtagsfraktion und Flensburger Abgeordnete Christian Dirschauer:

„Flensburg verliert erneut stationäre Pflegeplätze – obwohl der Pflegebedarf wächst. Seit 2023 ist die Zahl der Plätze bereits von 1.142 auf 1.101 gesunken, nun sollen am Sandberg weitere 56 wegfallen. Während Schleswig-Flensburg und Nordfriesland ihre Kapazitäten ausgebaut haben, geht die Entwicklung in Flensburg in die falsche Richtung.

Für 56 Bewohnerinnen und Bewohner bedeutet die Schließung, dass sie ihr Zuhause verlieren. Für die Betroffenen war der Sandberg der Ort, von dem sie geglaubt haben, dass er ihre letzte Adresse sein würde. Nun müssen sie im hohen Alter noch einmal umziehen und sich in einer neuen Umgebung zurechtfinden – wenn überhaupt rechtzeitig ein passender Pflegeplatz gefunden wird. Dafür bleiben gerade einmal gut zwei Monate.

Dass die Flensburger Pflege unter Druck steht, ist seit Langem bekannt. Auf meine Kleine Anfrage hat die Landesregierung selbst festgestellt, dass hier auf eine arbeitslos gemeldete Pflegekraft 3,9 offene Stellen kommen und Pflegekräfte stark an die Region gebunden sind. Umso wichtiger ist es, vorhandene Standorte und die dort Beschäftigten zu halten.
Der Sandberg ist dabei kein Einzelfall. 2024 und 2025 gingen durch Schließungen landesweit 609 stationäre Pflegeplätze verloren. Durch die

Übernahme durch andere Träger konnten gerade einmal 47 Plätze gerettet werden. Warum gelingt es so selten, bestehende Pflegeplätze zu erhalten?

Die Landesregierung hat eine Checkliste dafür, wie kurzfristige Heimschließungen abgewickelt werden. Was fehlt, ist ein Verfahren, das vorher ansetzt. Wenn eine Einrichtung in Schwierigkeiten gerät, müssen Träger, Kommune, Land und Kostenträger frühzeitig gemeinsam nach Lösungen suchen. Und dazu gehört selbstverständlich auch die Frage, ob ein anderer Träger den Betrieb oder zumindest die Pflegeplätze übernehmen kann.

Hinzu kommt die besondere Lage Flensburgs im deutsch-dänischen Arbeitsmarkt. Mit dem höheren dänischen Lohnniveau kann die deutsche Seite nicht ohne Weiteres konkurrieren. Umso wichtiger sind andere Vorteile: verlässliche Arbeitsbedingungen, sichere Arbeitsplätze und langfristige Perspektiven. Genau diese Arbeitsplatzsicherheit gerät aber ins Wanken, wenn Einrichtungen schließen und Beschäftigte plötzlich um ihre berufliche Zukunft bangen müssen. Damit verspielt Schleswig-Holstein ausgerechnet einen wichtigen Vorteil im Wettbewerb um Pflegekräfte.

Wenn ein Pflegeheim erst geschlossen ist, kommen diese Plätze in aller Regel nicht zurück. Deshalb muss die Politik handeln, bevor aus wirtschaftlichen oder personellen Problemen endgültig verlorene Pflegeinfrastruktur wird.“